



Regionalbericht Ostmittel- und Südosteuropa  
**Illiberale Drift verliert etwas an Schwung**

von Allan Sikk

Bertelsmann Stiftung  
Carl-Bertelsmann-Straße 256  
33311 Gütersloh  
Telefon +49 5241 81-0  
[www.bertelsmann-stiftung.de](http://www.bertelsmann-stiftung.de)

Der Text und die Abbildungen dieser Publikation sind urheberrechtlich geschützt und lizenziert unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International (CC BY-SA 4.0) Lizenz. Den vollständigen Lizenztext finden Sie unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legal-code.de>



Das Titelfoto (© PhotoDisc/Gettyimages.com) und die Logos sind ebenfalls urheberrechtlich geschützt, unterfallen aber nicht der genannten CC-Lizenz und dürfen nicht verwendet werden.

DOI 10.11586/2024040

# Regionalbericht BTI 2024

## Ostmittel- und Südosteuropa

### Illiberale Drift verliert etwas an Schwung

von Allan Sikk\*

Überblick zu den Transformationsprozessen in Albanien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Estland, Kosovo, Kroatien, Lettland, Litauen, Montenegro, Nordmazedonien, Polen, Rumänien, Serbien, der Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn



Dieser Regionalbericht analysiert die Ergebnisse des Transformationsindex BTI 2024 der Bertelsmann Stiftung im Untersuchungszeitraum vom 1. Februar 2021 bis zum 31. Januar 2023. Weitere Informationen finden Sie unter [www.bti-project.org](http://www.bti-project.org).

Zitiervorschlag:

Allan Sikk, Bewölkter Himmel mit der Aussicht auf Sonnenschein — BTI Regionalbericht Ostmittel- und Südosteuropa, Gütersloh: Bertelsmann Stiftung 2024

\* Dr. Allan Sikk ist Associate Professor für Vergleichende Regierungslehre an der School of Slavonic and East European Studies des University College London und BTI-Regionalkoordinator für Ostmittel- und Südosteuropa.

## Einleitung

Russlands völkerrechtswidriger Überfall der Ukraine im Februar 2022 hat einen langen Schatten auf die gesamte Region geworfen. Er hat Ängste und Spaltungen ausgelöst, aber auch die Zusammenarbeit und Entschlossenheit gefördert, die veränderte Sicherheitslage in der Region und darüber hinaus entschieden anzugehen. Die Invasion hat in mehreren Ländern der Region das Gefühl der Zielstrebigkeit und Entschlossenheit gestärkt, sich dem Westen anzunähern und sich von der russischen Einflussosphäre zu entfernen. Dies beeinflusste viele Aspekte der Transformation in der gesamten Region im Jahr 2022, auch wenn einige der Auswirkungen erst längerfristig zum Tragen kommen dürften.

Fast alle Länder in Ostmittel- und Südosteuropa haben seit dem Ende des Kommunismus Fortschritte im Bereich der Demokratie, wirtschaftlichen Transformation und Governance gemacht, und ihre Leistungen im BTI haben sich zwischen 2006 und 2012 verbessert. Seitdem hatte die Region eine Rückwärtsentwicklung vollzogen, die jedoch vorerst 2021-22 gestoppt wurde. Einige Länder konnten ihre Leistungen verbessern, während die meisten stabil blieben oder nur kleine Rückschritte machten. Serbien und Ungarn stehen jedoch weiterhin kurz davor, Bosnien und Herzegowina in die Gruppe der „stark defekten Demokratien“ zu folgen. Ostmittel- und Südosteuropa bleibt die Region, die im BTI insgesamt am besten abschneidet und die einzige, in der kein Land als Autokratie eingestuft wird. Selbst Bosnien und Herzegowina, das Land mit der schlechtesten Leistung in der Region, liegt weiterhin über dem weltweiten Durchschnitt. Im BTI 2024 ergaben sich in allen drei Dimensionen nur geringe Veränderungen. Der durchschnittliche Governance-Index ging leicht zurück, während der Status der politischen Transformation unverändert blieb. Der Status der wirtschaftlichen Transformation verbesserte sich leicht, vor allem dank der Erholung von den Folgen der Pandemie. Der Wert liegt nun wieder auf dem Stand von vor zehn Jahren.

Die baltischen Staaten liegen zusammen mit Tschechien und Slowenien in allen drei BTI-Dimensionen weiterhin an der Spitze, mit Ausnahme des Governance-Index, bei dem Albanien Slowenien überholt hat. Albanien's Leistung ist beeindruckend, vor allem wenn man bedenkt, dass es zu den Ländern mit den schwierigsten Rahmenbedingungen für gute Regierungsführung in der Region gehört. Bosnien, Serbien und Ungarn schneiden in der Region am schlechtesten ab, mit Ausnahme der wirtschaftlichen Transformation, wo sie vor Kosovo liegen. In den letzten zehn Jahren haben Albanien und Nordmazedonien die größten Sprünge in ihrem Demokratie-Status gemacht, beide liegen seit 2020 vor Ungarn, das einst eine solide Demokratie war. Montenegro und Kosovo übertreffen auch Serbien, von dem sie sich 2006 beziehungsweise 2008 spalteten.

Auch wenn es kein einheitliches Bild gibt, das auf alle Länder zutrifft, lassen sich doch einige gemeinsame Tendenzen erkennen. Die politische Polarisierung hat innerhalb der meisten Länder weiter zugenommen, aber auch die Gegensätze zwischen einigen Staaten haben sich verschärft. Das gilt insbesondere für Ungarn und die anderen NATO-Mitglieder in Bezug auf die Unterstützung der Ukraine sowie die immer wieder neu entflammenden Feindseligkeiten zwischen Kosovo und Serbien. Die Volkswirtschaften in der gesamten Region haben weitgehend vom Pan-

demieeinbruch erholt, hatten jedoch mit einer erhöhten Staatsverschuldung und Haushaltsdefiziten zu kämpfen. Diese waren aufgrund steigender Inflation und Zinsen sowie der Dringlichkeit, die Energieversorgung zu diversifizieren und in erneuerbare Energien zu investieren, nur schwer in den Griff zu bekommen.

Was die Regierungsführung angeht, so bleiben Korruption und ein schwindender politischer Konsens in den meisten Ländern drängende Probleme, während sich der Einfluss der Europäischen Union auf die Region gewandelt hat. Einerseits haben sich die Beitrittsaussichten einiger westlicher Balkanländer verbessert, und EU-Mittel sind für die meisten Mitgliedsstaaten von entscheidender Bedeutung für Investitionen in grüne Energie. Andererseits zogen sich die Auseinandersetzungen zwischen Ungarn und Polen mit der EU in die Länge, was zum Einfrieren großer Mengen an EU-Mitteln führte. Die höchst ungewisse Aussicht auf eine EU-Mitgliedschaft hatte in Bosnien und Serbien keine nennenswerten positiven Auswirkungen auf die Demokratie oder die Regierungsführung. Der verzögerte Beginn der Beitrittsverhandlungen mit Albanien und Nordmazedonien sowie der ins Stocken geratene Beitritt Bulgariens und Rumäniens zum Schengen-Raum unterstreichen die Komplexität der EU-Integration, die ebenso von den innenpolitischen Motivationen der Mitgliedstaaten wie von den Reformbemühungen der Kandidatenländer beeinflusst wird.

## Politische Transformation

Der durchschnittliche Wert für die politische Transformation in der Region blieb unverändert im Vergleich zum BTI 2022. Die zunehmend autoritären Regierungen in Serbien, Ungarn und bis zu den Wahlen im Herbst 2023 in Polen sowie die existenziellen Herausforderungen für die Staatlichkeit in Bosnien und Herzegowina stehen häufig im Mittelpunkt des Interesses der internationalen Medien, die sich mit der Region beschäftigen. Eine genauere Analyse der regionalen Trends ergibt jedoch ein differenzierteres Bild und einige Entwicklungen geben Anlass zu vorsichtigem Optimismus. Alle Länder der Region sind nach wie vor Demokratien, auch wenn die Mehrheit von ihnen im BTI als defekte oder stark defekte Demokratien kategorisiert werden.

Tab. 1: Status der politischen Transformation

sich konsolidierende Demokratien	defekte Demokratien	stark defekte Demokratien	gemäßigte Autokratien	harte Autokratien
Werte 10 bis 8	Werte < 8 bis 6	Werte < 6	Werte ≥ 4	Werte < 4
Estland	Nordmazedonien	Bosnien u. Herzegowina		
Litauen	Rumänien ▼			
Tschechien	Albanien			
Lettland	Polen			
Slowenien	Bulgarien			
Slowakei	Montenegro			
Kroatien	Kosovo			
	Ungarn			
	Serbien			

Die Tabelle folgt den Indexwerten im BTI 2024. Die Länder sind entsprechend ihrer Systemkategorisierung und der Bewertung des politischen Transformationsstands angeordnet. Pfeile markieren Kategorienwechsel im Vergleich zum BTI 2022.

Während der Demokratie-Status im regionalen Durchschnitt insgesamt stabil geblieben ist, gab es in den einzelnen Ländern bemerkenswerte Veränderungen: in neun Ländern kam es zu einer Verschlechterung, in sechs zu einer Verbesserung. Estland und Slowenien – die zu den im BTI am besten platzierten Demokratien in der Region und weltweit gehören – erholten sich von einem leichten Rückgang. Albanien, Kroatien und Nordmazedonien erreichten ihren jeweils höchsten im BTI gemessenen Demokratisierungsgrad seit einem Jahrzehnt, und auch Kosovo näherte sich seinem bisherigen Höchststand.

**Albanien** verzeichnete eine der größten Verbesserungen in der Region seit Beginn der BTI-Berichterstattung (+0,40, nach dem Sprung Nordmazedoniens im BTI 2020). Sowohl für Albanien als auch für Nordmazedonien war die Aufnahme von EU-Beitrittsverhandlungen im Jahr 2022 ein Meilenstein, mit dem frühere Vetos von Bulgarien, Frankreich und den Niederlanden überwunden wurden. Albanien verbesserte insbesondere seine Bilanz in Bezug auf die Rechtsstaatlichkeit und die Stabilität der demokratischen Institutionen, die zentrale Aspekte der EU-Beitrittsbedingungen darstellen.

Bei den Parlamentswahlen 2021 erreichte die Sozialistische Partei (PS) von Edi Rama unverändert viele Sitze (74 von 140). Rama ist einer der dienstältesten Regierungschefs in Europa: Er ist seit September 2013 Ministerpräsident und steht seit 2017 an der Spitze einer PS-Mehrheitsregierung. Die 2016 eingeleitete umfassende Justizreform wurde mit der Ausweitung der Überprüfung von Richtern und der verstärkten Untersuchung von Korruptionsfällen auf höchster Ebene fortgesetzt, die durch den Aufbau neuer Institutionen unterstützt wurden. Eine wichtige politische Veränderung war die Wahl des politisch unabhängigen, pensionierten Militäroffiziers Bajram Begaj zum Präsidenten des Landes, der sich als neutralerer Vermittler erwiesen hat als sein Vorgänger Ilir Meta. Meta, ein ehemaliger Ministerpräsident der Sozialistischen Partei, hatte sich mit dem Parlament überworfen und wurde 2021 des Amtes enthoben (die Entscheidung wurde vom Verfassungsgericht aufgehoben). Die erheblichen Fortschritte wurden jedoch von einem niedrigen Ausgangspunkt aus erzielt, und Albaniens Gesamtwert für politische Transformation bleibt weit hinter den meisten EU-Mitgliedstaaten in der Region zurück, obwohl es drei von ihnen (Bulgarien, Polen und Ungarn) überholt hat.

**Nordmazedonien** hat seine demokratischen Fortschritte konsolidiert, obwohl die Verbesserung des Demokratiewerts geringer ausfiel als in den letzten beiden BTI-Runden. Seit dem dramatischen Sturz des langjährigen Ministerpräsidenten Nikola Gruevski im Jahr 2016 hat das Land beeindruckende Zuwächse beim Demokratie-Status erzielt (+1,30 Punkte) und damit den größten Sprung über drei BTI-Runden in der Region seit der ersten Veröffentlichung des BTI 2006 und die drittgrößte Verbesserung weltweit im gleichen Zeitraum erzielt. Während Nordmazedonien große Fortschritte beim Ausbau gut funktionierender demokratischer Institutionen, dem Schutz der Meinungsfreiheit und dem Kampf gegen Korruption gemacht hat, liegt sein Gesamtwert des Demokratie-Status weiterhin knapp unter dem regionalen Durchschnitt. Vor allem in den Bereichen staatliche Identität sowie interethnische Beziehungen und zwischenmenschliches Vertrauen bestehen nach wie vor erhebliche Herausforderungen, die durch die politische Instabilität nach dem Verlust der Unterstützung für die regierende Sozialdemokratische Union bei den Kommunalwahlen 2021 noch verschärft wurden. Das schlechte Abschneiden bei den Wahlen führte zum Rücktritt von Ministerpräsident Zoran Zaev. Zu seinem Nachfolger wurde Dimitar Kovachevski, ehemaliger stellvertretender Finanzminister und der breiten Öffentlichkeit relativ unbekannt, ernannt.

Wie die Nachbarländer Albanien und Nordmazedonien hat auch **Kosovo** in den letzten sechs Jahren stetige Fortschritte gemacht. Der Sieg der Vetëvendosje unter der Führung von Ex-Ministerpräsident Albin Kurti bei den Parlamentswahlen im Februar 2021 mit mehr als 50 Prozent der Stimmen trug zu einem gewissen Maß an Stabilität bei. Während das Demokratieniveau Kosovos immer noch hinter dem Albanien und Nordmazedoniens zurückbleibt, hat es Serbien, von dem es 2008 seine Unabhängigkeit erklärte, im zweiten BTI in Folge übertroffen. **Kroatien** konnte seinen Demokratiewert moderat verbessern (+0,25 Punkte), was auf die politische Stabilität der Mitte-Rechts-Koalitionsregierung unter Führung der Kroatischen Demokratischen Union und Ministerpräsident Andrej Plenković zurückzuführen ist. Trotz zahlreicher Korruptionsskandale, einschließlich der Verhaftung eines amtierenden Ministers, behielt die Regierung eine stabile parlamentarische Mehrheit und blieb in Meinungsumfragen stark, was auf die Popularität einer entschiedenen Korruptionsbekämpfung hindeutet. Das benachbarte **Slowenien** erlebte eine bedeutende politische Wende und erholte sich von einer Phase der demokratischen Rückschritte, nachdem die autoritär ausgerichtete Regierung von Janez Janša bei den Parlamentswahlen 2022 abgewählt worden war. Sie wurde durch die fortschrittliche Regierung von Robert Golob ersetzt,

dessen erst im Januar 2022 gegründete Partei der Freiheitsbewegung einen historischen Sieg mit einer Beinahe-Mehrheit (41 von 90 Sitzen) in der Nationalversammlung errang. Golobs Aufstieg zeigt jedoch auch, wie instabil die slowenische Politik seit 2011 geworden ist: Die Wahlen von 2022 waren die vierten in Folge, die entweder von einer neu gegründeten Partei gewonnen wurden oder den Vorsitzenden einer solchen Partei direkt ins Amt des Ministerpräsidenten katapultierten.

**Tschechien** erlebte eine zunehmende Polarisierung und politische Mobilisierung, aber auch die Wahlniederlage einer populistischen Regierung. Bei den Parlamentswahlen 2021 verlor der amtierende populistische Ministerpräsident Andrej Babiš sein Amt und unterlag bei der Präsidentschaftswahl Petr Pavel, einem ehemaligen General und Vorsitzenden des NATO-Militärausschusses. In **Estland** hat sich die Lage nach dem Ausscheiden der rechtsradikalen Estnischen Konservativen Volkspartei (EKRE) aus der Regierung im Januar 2021 stabilisiert, während die Reformpartei von Ministerpräsidentin Kaja Kallas vor den Wahlen 2023 in den Umfragen zulegen konnte (und bei den Wahlen im Amt bestätigt wurde). In **Lettland** wurde Krišjānis Kariņš (Neue Einheit) der erste Ministerpräsident in der Geschichte Lettlands, der eine volle vierjährige Amtszeit absolvierte, obwohl neue Parteien bei den Saeima-Wahlen im Oktober 2022 mehr als ein Drittel der Sitze errangen. In **Litauen** blieb die Mitte-Rechts-Koalition aus drei Parteien unter Führung von Ingrida Šimonytė (Heimatunion) während des gesamten Berichtszeitraums unverändert und sorgte für Stabilität in der Regierung.

In Polen (bis zu den Wahlen im Oktober 2023), Serbien und Ungarn konnten die autoritären Führer ihre Macht weiter konsolidieren, was sich in der Verschlechterung des Demokratie-Status in allen drei Ländern widerspiegelt. Während die **serbische** Opposition ihren Boykott beendete und ins Parlament zurückgekehrt ist, wird das politische System zunehmend von Präsident Aleksandar Vučić und seiner Fortschrittspartei (SNS) dominiert. Das Parlament, geschweige denn die parlamentarische Opposition, spielt in der serbischen Politik eine vernachlässigbare Rolle. Die Unabhängigkeit der Medien und der Aufsichtsorgane wie des Ombudsmanns und des Beauftragten für öffentliche Informationen und personenbezogene Daten wurde beschnitten. Die Justiz leidet weiterhin unter Ineffizienz, Korruption und unzulässiger politischer Einflussnahme.

Polen und Ungarn wurden während des Berichtszeitraums EU-Mittel in Höhe von 138 Mrd. EUR im Rahmen des laufenden Verfahrens nach Artikel 7 als Reaktion auf die Verletzung demokratischer Normen in beiden Ländern eingefroren. In **Ungarn** sicherten sich Ministerpräsident Viktor Orbán und seine Fidesz-Partei bei den Parlamentswahlen im April 2022 eine weitere Amtszeit mit einer Supermajorität (68 %). Trotz der Bemühungen der Oppositionsparteien, im Wahlkampf koordiniert aufzutreten, verringerte sich ihr Stimmenanteil. Das lag zum einen an der Unvereinbarkeit der politischen Programme der Parteien, vor allem aber am unfairen Wahlsystem und den stark zugunsten der Fidesz-Partei ausgerichteten Medien. Zeitgleich mit den Wahlen fand in Ungarn ein äußerst umstrittenes Referendum über die Einschränkung der Diskussion von LGBT+-Themen im Schulunterricht statt, das in trügerischer Weise mit einer Frage über die Einschränkung des Zugangs von Minderjährigen zu sexuell expliziten Medieninhalten kombiniert wurde. Keiner der vier Vorschläge wurde angenommen, da er nicht die Unterstützung von mindestens 50 Prozent der Wähler erhielt. In den letzten Jahren hat Orbán die EU in innenpolitischen Fragen scharf kritisiert, aber während des Beobachtungszeitraums geriet er wegen seiner Haltung zur Ukraine zunehmend in Konflikt mit der EU.



Im Gegensatz dazu war **Polen**, das mit Brüssel in Fragen der Unabhängigkeit der Justiz, der Einschränkung von Pressefreiheit und der Diskriminierung von Frauen und LGBT+-Bürger:innen im Dauerstreit lag, in Bezug auf die Ukraine auf der Seite der EU und spielte sogar eine führende Rolle bei der Stärkung europäischer Entschlossenheit gegen die russische Invasion und der Gewährung militärischer Unterstützung für die Ukraine. Zwar wurden einige institutionelle Änderungen am Justizsystem vorgenommen, aber die von der Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) geführte polnische Regierung hat es versäumt, die Beschränkungen für die Medien und der Zivilgesellschaft zu lockern und diskriminierte weiterhin Gemeinden, die von der politischen Opposition regiert werden. Bemerkenswerterweise zeigen Meinungsumfragen sowohl in Polen als auch in Ungarn trotz des schlechten Zustands der Demokratie und der Streitigkeiten mit der EU weiterhin ein hohes Maß an Unterstützung für die Demokratie und ein überdurchschnittliches Vertrauen in die EU (Eurobarometer, Februar 2023).

Während Wertekonflikte (in Bezug auf Geschlecht, sexuelle Minderheiten und Migration) in den letzten Jahren den ethnischen und religiösen Spaltungen einen Teil des Rampenlichts gestohlen haben, haben diese sich in einigen Ländern noch vertieft. **Bosnien und Herzegowina** erlebte eine der schwersten Krisen und Bedrohungen der staatlichen Integrität seit dem Ende des Krieges 1992–95. Die zentrifugalen Kräfte, die den Fortschritt des Landes bisher verhindert haben, eskalierten die Konflikte, wobei die größte kroatische Partei (HDZ) für die Schaffung einer ethnisch-kroatischen föderalen Einheit eintrat und die Führung der Republika Srpska (RS) eine verfassungswidrige Abspaltung befürwortete. Nach der Ernennung eines neuen Hohen Repräsentanten der internationalen Gemeinschaft im Juli 202 boykottierten Vertreter der RS erneut staatliche Institutionen, um dem Staat Schlüsselkompetenzen in den Bereichen Justiz, indirekte Besteuerung, Verteidigung, Sicherheit und medizinische Kontrolle zu entziehen und so den Weg für die De-facto-Sezession der RS zu ebnen. Die HDZ machte das Funktionieren der Institutionen der Föderation Bosnien und Herzegowina von Wahlreformen abhängig, die den Einfluss der HDZ auf die kroatischen Wähler stärken sollten. Am Tag der Wahlen 2022 änderte der Hohe Repräsentant rückwirkend das Wahlsystem der Föderation und beendete damit die Wahlblockade der HDZ, gab aber einigen ihrer Forderungen nach, indem er ihr eine größere Kontrolle über die Ernennung des Präsidenten und der Regierung einräumte und ihr praktisch die Beteiligung an allen künftigen politischen Koalitionen garantierte.

In **Montenegro** trug der anhaltende Konflikt zwischen prowestlichen und proserbischen Kräften an, was zu politischer Instabilität und einer Reihe von technokratischen Regierungen führte. Die Regierungen sahen sich mit einer Reihe von Misstrauensvoten konfrontiert, während die sozialen Spannungen nahmen zu, was sich auch in der wachsenden Zahl von Strafanzeigen wegen Anstiftung zu ethnischem und religiösem Hass widerspiegelte. Die Konflikte wirkten sich auch auf die montenegrinische Justiz aus: das Verfassungsgericht war seit September 2022 nicht mehr beschlussfähig, weil sich die politischen Eliten nicht auf die anstehenden Ernennungen neuer Richter einigen konnten, zu der eine Zweidrittelmehrheit im Parlament erforderlich gewesen wäre. Erst Ende Februar 2023 wurde diese institutionelle Blockade aufgelöst und dadurch auch der Weg zu Neuwahlen freigemacht.

Bulgarien, Rumänien und die Slowakei verzeichneten alle einen leichten Rückgang ihrer Demokratie-Werte. In Bulgarien und der Slowakei war dies größtenteils auf eine Zeit großer politischer Instabilität zurückzuführen. In **Bulgarien** fanden in den zwei Jahren des aktuellen BTI-Berichtszeitraums nicht weniger als vier Wahlen statt (der Wahlkampf für fünfte war Anfang 2023 im

Gänge), von denen zwei von Parteien gewonnen wurden, die in den 2020er Jahren gegründet wurden: „Es gibt ein solches Volk“ (ITN), gegründet 2020 von Slavi Trifonov, Musiker und TV-Persönlichkeit, und „Wir setzen den Wandel fort“ (PP), 2021 gegründet von Kiril Petkov und Asen Vasilev, zwei in Harvard ausgebildeten ehemaligen Ministern. Während erstere Partei nur kurze Zeit an der Regierung war, war der Vorsitzende der PP-Partei, Petkov, der mit einer Anti-Korruptionskampagne angetreten war, acht Monate lang Ministerpräsident. Die meiste Zeit des Jahres 2021/22 gab es jedoch keinen parlamentarischen Konsens für eine Regierungskoalition, und Präsident Rumen Radev ernannte zwei Übergangsregierungen und wurde so zu einem ungewöhnlich mächtigen politischen Akteur, obwohl der bulgarische Präsident traditionell nur begrenzte Befugnisse hat.

In der **Slowakei** sind die ehrgeizigen Pläne der 2020 gebildeten Regierung durch die kombinierte Wirkung mehrerer Schocks (Pandemie, Krieg in der Ukraine, hohe Inflation), persönlicher Konflikte innerhalb der Koalition und Konfrontationen mit der oppositionellen Smer-SD und rechtsextremen Gruppen politischer Instabilität zum Opfer gefallen. Dies gipfelte in einem erfolgreichen Misstrauensvotum im Dezember 2022 und der Ausrufung vorgezogener Wahlen im Jahr 2023. **Rumänien** schließlich verzeichnete den größten, wenn auch immer noch moderaten Rückgang in der Region (-0,35 Punkte). Nach der Auflösung der Regierung von Florin Cîțu (Nationalliberale Partei, PNL) im November 2021, verfügte eine stabile Koalition aus etablierten Parteien und ehemaligen politischen Gegnern (PNL und Sozialdemokratische Partei, PSD) über eine Supermajorität im Parlament. Diese Konstellation milderte zwar die Polarisierung, führte aber auch zu einem Rückgang der Transparenz und Reaktionsfähigkeit bei der Entscheidungsfindung, die zunehmend hinter verschlossenen Türen stattfand. Darüber hinaus war eine Zunahme des politischen Einflusses der Armee und Geheimdienste zu beobachten.

## Wirtschaftliche Transformation

In den Jahren 2021 und 2022 erlebte die Region Ostmittel- und Südosteuropa unruhige wirtschaftliche Zeiten. Es war eine Geschichte zweier gegensätzlicher Jahre: Während das Jahr 2021 im Zeichen einer soliden wirtschaftlichen Erholung von den Folgen der Pandemie stand, war das Jahr 2022 gekennzeichnet von einer galoppierenden Inflation im Schatten der russischen Invasion in der Ukraine und deren Auswirkungen auf die Energiepreise. Im Jahr 2021 lag das BIP-Wachstum pro Kopf in der gesamten Region bei durchschnittlich 8,4 % und erreichte damit überall das Niveau vor der Pandemie. Am höchsten war das Wirtschaftswachstum in Kroatien (+18%), Montenegro (+13%), Kosovo (+11%) und Albanien (+10%, alle Daten von den World Development Indicators der Weltbank). Das Wirtschaftswachstum setzte sich 2022 fort, war jedoch deutlich geringer (im Durchschnitt +4,2 %) und in mehreren Ländern anämisch, wobei die baltischen Staaten die niedrigsten Wachstumsraten verzeichneten und Estland sogar einen leichten Rückgang erlebte. Die Inflation stieg im Jahr 2023 auf durchschnittlich 13,7 % (von moderaten 3,5 % im Jahr 2022). Diese Entwicklung, die vor allem durch die steigenden Energiekosten angetrieben wurde, war eine direkte Folge des Krieges, der vor dem Hintergrund einer energiehungrigen Weltwirtschaft nach dem Ende der Covid-19-Pandemie begann. Die baltischen Staaten verzeichneten die höchsten Inflationsraten (zwischen 17,3% in Lettland und 19,7% in Litauen), während die Inflation nur in Albanien und Slowenien unter 10% blieb.

Trotz einer raschen Erholung vom pandemiebedingten Abschwung, insbesondere in den am stärksten betroffenen Volkswirtschaften wie Kroatien und Montenegro, stellen steigende Staatsverschuldung und anhaltende Haushaltsdefizite längerfristige Herausforderungen dar, die durch hohe Inflation und Zinsen noch verschärft werden. Obwohl die Mehrheit der Länder in der Region vor der Pandemie eine relativ niedrige öffentliche Verschuldung aufwies (durchschnittlich 44,1 % des BIP im Jahr 2019), stieg diese bis 2022 auf 48,6 % des BIP an, wobei sich einige Länder (z. B. Kroatien, Ungarn, Montenegro und Slowenien) dem westeuropäischen Niveau von 70 % oder mehr näherten oder es sogar übertrafen (IWF-Datenbank für den Weltwirtschaftsausblick: April 2023). Der Erfolg Montenegros bei der Reduzierung seiner massiven Schuldenlast von einem Höchststand von 107,4% im Jahr 2020 auf überschaubare 71,3% im Jahr 2022 zeigt jedoch, dass die Schulden in den Griff zu bekommen sind.

Während die Hälfte der Länder eine für westeuropäische Verhältnisse moderate oder niedrige Staatsverschuldung aufwies, hatten alle außer Bosnien und Herzegowina während des gesamten Zeitraums mit Haushaltsdefiziten zu kämpfen. Den meisten Ländern gelang es, ihre Defizite nach der Pandemie abzubauen, aber einige (z. B. Slowenien und Tschechien) hatten aufgrund großzügiger Rentenerhöhungen, Leistungserhöhungen, Energiesubventionen für Haushalte und verschiedener Lohnerhöhungen im öffentlichen Sektor Probleme. Um Haushaltsstabilität zu erreichen, haben mehrere Länder in der Region eine Schuldenbremse nach deutschem Vorbild eingeführt, von denen die jüngste in Serbien Ende 2022 als Reaktion auf die Empfehlungen des IWF verschärft wurde. Dennoch wirken sich die gestiegene Inflation und Energiepreiserhöhungen in der Regel unverhältnismäßig stark auf die schwächsten Haushalte aus, was höhere staatliche Ausgaben erforderlich macht – sowohl als pragmatische politische Strategie als auch als dringende Notwendigkeit. So hat Bulgarien beispielsweise die Indexierung von Sozialtransfers für seine wirtschaftlich schwächsten Bevölkerungsgruppen eingeführt, um das Armutrisiko zu mindern.

Abb. 2: Status der wirtschaftlichen Transformation

weit fortgeschritten Werte 10 bis 8	fortgeschritten Werte < 8 bis 7	eingeschränkt Werte < 7 bis 5	stark eingeschränkt Werte < 5 bis 3	rudimentär Werte < 3
Estland	Bulgarien	Ungarn		
Slowenien	Rumänien	Serbien		
Tschechien	Nordmazedonien	Bosnien u. Herzegowina		
Litauen	Montenegro ▲	Kosovo		
Slowakei	Albanien ▲			
Lettland				
Kroatien ▲				
Polen				

Die Tabelle folgt den Indexwerten im BTI 2024. Die Länder sind entsprechend ihrer Bewertung des wirtschaftlichen Transformationsstands angeordnet. Pfeile markieren Kategorienwechsel im Vergleich zum BTI 2022.

Der Status wirtschaftlicher Transformation wird in dreizehn der siebzehn Länder Ostmittel- und Südosteuropas im BTI als fortgeschritten oder weit fortgeschritten eingestuft. Der regionale Durchschnitt übertrifft trotz einer geringen Dynamik in den letzten Jahren den aller anderen BTI-Regionen deutlich. Dies ist nicht überraschend, wenn man bedenkt, dass neun der Länder

bereits im BTI 2006 als weit fortgeschritten eingestuft waren und dass elf Länder EU-Mitglieder sind. Allerdings weisen nicht alle EU-Mitgliedstaaten im BTI 2024 einen weit fortgeschrittenen Transformationsstand auf: Bulgarien und Rumänien verbleiben in der Kategorie der fortgeschrittenen Transformation, während Ungarn aufgrund seiner jüngsten wirtschaftlichen Herausforderungen in die Kategorie der Länder mit eingeschränktem Transformationsniveau zurückfiel und damit hinter drei Nicht-EU-Mitgliedern liegt, die in den letzten Jahren erhebliche Fortschritte gemacht haben (Albanien, Montenegro und Nordmazedonien).

Albanien (+0,79), Kroatien (+0,61) und Montenegro (+0,32) machten die größten Fortschritte bei der wirtschaftlichen Transformation. Die beiden letztgenannten Länder profitierten eindeutig von der Erholung des lebenswichtigen Tourismussektors nach der Aufhebung der Reisebeschränkungen. **Montenegro** gelang es außerdem, seine sozialen Sicherungsnetze zu verbessern und gleichzeitig die Fiskalstabilität zu erhöhen, und das alles trotz politischer Turbulenzen. **Albanien** hat trotz einer relativ schwachen Ausgangsposition in einer Reihe von Bereichen Fortschritte erzielt. Dies gilt etwa für die Armutsbekämpfung, die Gleichstellung der Geschlechter, eine verbesserte Verwaltung der Zentralbank, die erleichterte Registrierung von Eigentum, die Stärkung der Rechte an geistigem Eigentum und eine verbesserte Regulierung der Privatwirtschaft. Trotz dieser Fortschritte hat sich Albanien jedoch nur allmählich an das Einkommensniveau der EU angenähert, wobei das BIP pro Kopf im Jahr 2022 nur 32 % des EU-Durchschnitts beträgt, was dennoch eine bemerkenswerte Verbesserung gegenüber den 18 % ein Jahrzehnt zuvor darstellt. **Kroatien** wurde im Januar 2023 als jüngstes Mitglied in die Eurozone aufgenommen, nachdem es die Konvergenzkriterien in Bezug auf Inflation und Haushaltsdefizite erfüllt hatte, während es vor dem Hintergrund der Pandemie von dem Kriterium der Staatsverschuldung ausgenommen wurde. Bulgarien, Polen, Rumänien, Tschechien und Ungarn bekennen sich im Prinzip weiterhin zum Beitritt zur Eurozone. Während die öffentliche Unterstützung für die Einführung des Euro in den einzelnen Ländern unterschiedlich ausfällt – von 72% Befürwortern oder eher Befürwortern in Ungarn bis hin zu nur 45% in Tschechien (Eurobarometer 2023) – und alle außer Ungarn das Kriterium der Staatsverschuldung relativ leicht erfüllen würden, hat keines der Länder die Maastrichter Konvergenzkriterien für Inflation und Haushaltsdefizit in den letzten Jahren erfüllt und wird dies wahrscheinlich auch in naher Zukunft nicht tun.

Die meisten Länder in der Region verbesserten ihren BTI-Gesamtwert für die wirtschaftliche Transformation, und selbst dort, wo dies nicht der Fall war, fiel der Rückgang sehr gering aus. Polen (-0,21), die Slowakei (-0,14) und Tschechien (-0,11) mussten die stärksten Rückgänge hinnehmen, alle von einer recht hohen Ausgangsposition aus. In allen drei Ländern war die Fiskalstabilität einer der Hauptgründe für die Herabstufung: Die öffentlichen Ausgaben mögen überall aus völlig legitimen Gründen aufgrund von Faktoren, die außerhalb der Kontrolle der Regierung liegen, gestiegen sein. Die Art und Weise, wie die drei Länder mit dieser Situation umgingen, war jedoch entweder willkürlich oder untergrub die langfristige Haushaltsstabilität der Länder, indem die Regierungen beispielsweise die institutionellen Mechanismen der Haushaltsverantwortung in Polen und der Slowakei unter Druck setzten. Darüber hinaus hatte Polen auch mit Umweltproblemen zu kämpfen, insbesondere mit der schlechten Umweltbilanz der Kohlebergwerke, für die die Regierung vom Europäischen Gerichtshof zu einer hohen Geldstrafe verurteilt wurde. Ebenso haben die Bemühungen um eine „Repolonisierung“ des Medien- und Bankensektors Bedenken hinsichtlich des Schutzes privater Unternehmen aufkommen lassen.

Eine besondere wirtschaftliche Herausforderung für die meisten Länder der Region bestand darin, nach der russischen Invasion der Ukraine die Abhängigkeit von russischem Erdgas zu reduzieren. Die EU-Zahlen verdeutlichen das Ausmaß dieser Transformation: Noch Anfang 2021 stammten mehr als 50% des Erdgasverbrauches aus Russland, Ende 2022 sank dieser Anteil auf weniger als 13%. Tschechien ist ein Paradebeispiel: die vollständige Abhängigkeit von russischem Gas ersetzte das Land bis Januar 2023 zu 96% durch alternative Energiequellen, darunter LNG und erneuerbare Energien. Selbst Serbien und Ungarn, die politisch weniger weit von Russland entfernt sind, haben Anstrengungen zur Diversifizierung ihrer Energiequellen unternommen und damit die Bedeutung einer Verringerung der Abhängigkeit erkannt.

## Governance

Trotz eines kontinuierlichen Abwärtstrends der Governanaceleistungen seit dem BTI 2006, der stärker ausgeprägt ist als in anderen BTI-Regionen, schneidet Ostmittel- und Südosteuropa beim Governance-Index immer noch deutlich besser ab als alle anderen BTI-Regionen. Allerdings weisen nur die drei baltischen Staaten ein "sehr gutes" Transformationsmanagement auf; die meisten Länder liegen in der Kategorie "gut", sechs darunter. Darunter befinden sich auch drei EU-Mitgliedstaaten, die durch chronisch schwache Regierungsführung (Rumänien) oder autokratische Tendenzen (Polen und Ungarn) gekennzeichnet sind. In den letzten zehn Jahren hat sich die Konsensbildung am stärksten verschlechtert. Dies ist auf einen schwindenden Konsens über demokratische Transformationsziele, eine zunehmende politische Polarisierung und undemokratische Tendenzen selbst in Ländern, die noch als Demokratien gelten, zurückzuführen.

Table 3: Qualität der Governance-Leistung

very good	good	moderate	weak	failed
Score 10 to 7	Score < 7 to 5.6	Score < 5.6 to 4.3	Score < 4.3 to 3	Score < 3
Lithuania	Czechia	Kosovo	Hungary	
Estonia	Albania	Romania	Bosnia and Herzegovina	
Latvia	Slovenia	Poland		
	North Macedonia	Serbia		
	Slovakia			
	Croatia			
	Montenegro			
	Bulgaria			

The table follows the BTI 2024 index scores. Countries are ranked according to their respective score in the Governance Index. Arrows mark a change of category compared with the BTI 2022.

Im BTI 2024 ist der regionale Durchschnitt im Governance-Index nur sehr geringfügig gesunken (-0,04 Punkte), wobei sich die Veränderungen in den einzelnen Ländern im Allgemeinen in Grenzen hielten. Nur zwei Länder verbesserten ihre Leistung um mehr als 0,25 Punkte: Estland (+0,34) und Albanien (+0,28). **Estland** war vom BTI 2008 bis zum BTI 2020 das führende Land in der Region in Bezug auf die Governance-Leistung, büßte seinen Vorsprung jedoch ein, nachdem die rechtsradikale Estnische Konservative Volkspartei (EKRE) nach den Wahlen 2019 der

Regierungskoalition beigetreten war. Ihre Regierungsbeteiligung wirkte sich negativ auf die Priorisierung, die Politikkoordinierung und insbesondere auf die internationale Zusammenarbeit aus, da die Parteispitze der EKRE die Regierungschefs befreundeter Länder angriff. Nachdem die EKRE Anfang 2021 aus der Regierung ausgeschlossen wurde, stabilisierte sich die Lage, und Estland rückte in Bezug auf seine Governance-Leistung wieder auf den zweiten Platz in der Region vor. Estland hat, insbesondere unter Ministerpräsidentin Kaja Kallas, eine aktive Rolle bei der Gestaltung der westlichen Reaktion auf die russische Invasion in der Ukraine gespielt. Die Regierungskoalitionen, die nach dem Ausscheiden der EKRE folgten, haben sich in Bezug auf den Klimawandel und gleichgeschlechtliche Partnerschaften den europäischen Positionen angeschlossen. So wurde etwa die gleichgeschlechtliche Ehe von der Koalition aus drei Parteien, die nach den Parlamentswahlen 2023 ins Amt kam, legalisiert.

**Albanien** hat sich in Bezug auf Russland zunehmend auf die Seite des Westens und der EU gestellt. Die Abschwächung rigider Spaltungen im Wahlverhalten hat einen breiteren politischen Konsens ermöglicht, der zum Beispiel auch einen parteiübergreifenden Konsens für eine Überprüfung politischer Kandidaten hinsichtlich ihrer Verwicklung in Verbrechen während des Kommunismus ermöglichte. Die Eröffnung der EU-Beitrittsverhandlungen im Juli 2022 hat den Reformbemühungen neuen Schwung verliehen. Obwohl der Trend insgesamt positiv ist, bleiben jedoch viele Reformen noch unvollendet und werden häufig von der internationalen Gemeinschaft und den EU-Beitrittsanforderungen vorangetrieben, während es an angemessener lokaler Verankerung fehlt. So wurden beispielsweise die Justizreformen fast vollständig von internationalen Akteuren ausgearbeitet, verhandelt, finanziert und beaufsichtigt.

In vier Ländern verschlechterte sich der Governance-Index um mehr als 0,25 Punkte: Serbien (-0,45), Rumänien (-0,39), Montenegro (-0,30) und in der Slowakei (-0,27). Trotz der mehr als 15 Jahre währenden EU-Mitgliedschaft ist die Regierungsführung in **Rumänien** nach wie vor durch halbherzige Reformen sowie die Vereinnahmung des Staates durch Partikularinteressen (*state capture*) geprägt. Zudem verlässt man sich bei der Festlegung wichtiger politischer Maßnahmen übermäßig auf die EU, wobei die Schuld für unpopuläre oder gescheiterte Maßnahmen häufig Brüssel zur Last gelegt wird. Gleichzeitig tragen die rumänischen Verantwortlichen nur wenig zu den Debatten auf EU-Ebene und zur Politikformulierung bei.

In **Montenegro** hat zwar Schritte unternommen, um durch öffentlichkeitswirksame Ermittlungen gegen mutmaßliche Korruption und organisierte Kriminalität vorzugehen, doch die anhaltenden politischen Turbulenzen nach den Wahlen 2020 lassen Zweifel an der Nachhaltigkeit dieser Bemühungen aufkommen. Die Bildung technokratischer Regierungen als Reaktion auf diese Instabilitäten hat die Lage weiter verkompliziert und die strategische Regierungsführung und Effizienz der Regierungsarbeit geschwächt. Die Koordinierung der wichtigsten EU-Integrationsbemühungen war uneinheitlich, eine umfassende Wahlrechtsreform ist ins Stocken geraten, und das bahnbrechende Reformprogramm "Europa jetzt" steht in der Kritik, weil es an einer angemessenen analytischen Grundlage dafür fehlt und von Populismus und dem damit verbundenen Inflationsrisiko angetrieben wird. Darüber hinaus hat der Mangel an strategischer Voraussicht zu Ad-hoc-Entscheidungen geführt, und die Zivilgesellschaft hat ihre begrenzte und oft nur symbolische Beteiligung an den politischen Entscheidungsprozessen angeprangert.

Die Gesamtleistung **Serbiens** liegt im unteren Bereich der Region (nur besser als Bosnien und Ungarn). Antidemokratische Kräfte sind nicht nur einflussreich, sondern beherrschen faktisch das Land, da Präsident Aleksandar Vučić seine Macht unter Verletzung der Verfassung konsolidiert und andere nationalistische und extremistische organisierte Gruppen nur auf Geheiß des

Regimes zugelassen sind. Vučić verhindert oder provoziert potenzielle spaltungsbedingte Konflikte, je nachdem, ob sie den Zielen seiner Regierung dienen. Das Regime bleibt auch ideologisch und persönlich in der autoritären Herrschaft von Slobodan Milošević in den 1990er Jahren verwurzelt, ein revisionistisches Narrativ dominiert den Mainstream-Diskurs, und das Regime und seine Verbündeten in der Wissenschaft und den Medien versäumen es, sich mit der konfliktreichen Vergangenheit der Region auseinanderzusetzen. Obwohl die Slowakei insgesamt viel besser abschneidet als die anderen drei Länder, ist ein solider programmatischer Konsens über demokratische Werte nach den Wahlen 2020 allmählich zusammengebrochen, was teilweise auch auf die Inkompetenz der Regierung und ihre Ausrichtung auf kurzfristige Popularität zurückzuführen ist. Beschleunigten Gesetzgebungsverfahren wurden zunehmend genutzt, um potenzielle Kritik aus der Zivilgesellschaft und von Interessengruppen zu umgehen. Die Polarisierung nahm zu, als sich die politischen Führer zunehmend als Fürsprecher bestimmter Gruppen positionierten. Anstatt die Eskalation von Spaltungskonflikten zu verhindern, verschärfte die OLaNO-Regierung unter Igor Matovič die kulturellen Spaltungen in den sozialen Medien, insbesondere solche, die sich gegen sexuelle Minderheiten und Transgender-Personen richteten.

Eine der gemeinsamen und akuten Governance-Herausforderungen in der internationalen und regionalen Zusammenarbeit war die Reaktion auf den Krieg in der Ukraine. Vor allem die baltischen Staaten und Polen setzten sich für eine scharfe Reaktion gegenüber Russland, maximale militärische Unterstützung sowie Hilfe für die ukrainische Zivilbevölkerung ein und boten Flüchtlingen Zuflucht. Ihre Haltung beruhte auf der Annahme, dass ein wie auch immer gearteter Sieg Russlands die wahllose Aggression gegenüber seinen Nachbarstaaten fortsetzen würde, wie der Krieg in Georgien 2008 und die Besetzung der Krim und der Ostukraine 2014 gezeigt haben. Das Gefühl der Dringlichkeit und die Sorge, dass der Rest des Westens zu wenig und zu spät handeln könnte, veranlasste diese Länder dazu, sich an die Spitze der Bemühungen zu stellen und sich innerhalb der EU und der NATO dafür einzusetzen, was zu einem grundlegenden Wandel der deutschen, italienischen und französischen Politik führte. Die meisten anderen Länder in der Region unterstützten die EU- und NATO-Linie, darunter auch Regierungen in Ländern, in denen einzelne Oppositionsgruppen (oder sogar Regierungskoalitionen) weniger fest auf der Seite der Ukraine standen, wie etwa Bulgarien, die Slowakei oder Tschechien. In Kroatien geriet Präsident Zoran Milanović wegen seiner zweideutigen Botschaften oder offen anti-ukrainischen Äußerungen mit der Regierung aneinander. In Montenegro, das seit 2019 NATO-Mitglied, aber politisch tief gespalten ist, reichte das Spektrum der Parteien von entschieden prowestlichen und proukrainischen bis hin zu solchen, die nicht nur engere Beziehungen zu Serbien, sondern auch zu Russland befürworteten. Nichtsdestotrotz hat die Regierung die Ukraine unterstützt. Unter den EU-Mitgliedstaaten hat sich Ungarn unter Viktor Orbán als hartnäckigster Putin-Sympathisant hervorgetan. Er sprach sich vehement gegen westliche Militärhilfe für die Ukraine und Wirtschaftssanktionen gegen Russland aus und verschärfte damit Spannungen mit der EU noch. Der serbische Präsident Aleksandar Vučić hat einen heiklen Balanceakt vollbracht, aber es erwies sich als zunehmend schwierig, die öffentliche Unterstützung für die Integrität der Ukraine aufrechtzuerhalten, während die Medien des Regimes Russland in diesem Krieg vehement unterstützten. Milorad Dodik, der Präsident der Republika Srpska (RS) in Bosnien, war vielleicht der prominenteste und offen putinfreundlichste Führer in der Region und verlieh Putin im Januar 2023 sogar die höchste Auszeichnung der RS.

Seit einem Jahrzehnt stellt die schwindende Aussicht auf eine EU-Mitgliedschaft eine der größten Herausforderungen für die Länder des westlichen Balkans dar, doch nun gibt es endlich einige halbwegs vielversprechende Entwicklungen. Nachdem das bulgarische Parlament sein Veto gegen die Beitrittsverhandlungen mit Nordmazedonien aufgehoben hat und kein westeuropäischer Mitgliedstaat auf einem Veto gegen die Beitrittsverhandlungen mit Albanien bestand, wurden im Juli 2022 die Beitrittsverhandlungen zwischen der EU und den beiden Ländern aufgenommen. Für Montenegro und Serbien ist der EU-Beitritt nach wie vor ein wichtiges strategisches Ziel, doch ihre Fortschritte sind deutlich ins Stocken geraten: Serbien hat 2021 nur vier Verhandlungskapitel eröffnet und 2022 kein einziges (insgesamt wurden 22 Kapitel eröffnet), während Montenegro zwar alle 33 Kapitel eröffnet, aber keines im Berichtszeitraum abgeschlossen hat (drei waren zuvor geschlossen worden). Es ist unwahrscheinlich, dass Bosnien und Herzegowina und Kosovo in naher Zukunft Beitrittsgespräche aufnehmen werden, da existenzielle Fragen der Staatlichkeit und der internationalen Anerkennung ungeklärt sind. Kosovo hat jedoch seinen Beitrittsantrag eingereicht, und der Rat der EU hat Bosnien und Herzegowina im Dezember 2022 den Kandidatenstatus zuerkannt (nachdem der Ukraine dieser Status im Juni gewährt wurde). Dies ist eher auf den geopolitischen Kontext zurückzuführen, da das Land fast keine der erforderlichen Reformbedingungen umgesetzt hat.

Von den derzeitigen Mitgliedstaaten hat Kroatien mit seinem Beitritt zur Eurozone und zum Schengen-Raum im Januar 2023 Fortschritte gemacht. Das Kooperations- und Kontrollverfahren, das als Schutzmaßnahme für den EU-Beitritt Bulgariens und Rumäniens geschaffen wurde, wurde für Rumänien aufgehoben (nachdem es für Bulgarien bereits 2019 aufgehoben worden war), aber der Schengen-Beitritt der beiden Länder wurde von Österreich und den Niederlanden blockiert. Die Auseinandersetzung zwischen der EU und Polen und Ungarn wegen der Verletzung demokratischer Grundsätze wurde fortgesetzt, und die EU fror die Mittel für die beiden Mitgliedstaaten ein. Dies stellt eine Herausforderung für wichtige öffentliche Investitionen dar, aber auch eine existenzielle Bedrohung für das System der korrupten Netzwerke, die zum Teil durch EU-Gelder gestützt wurden.



## Ausblick

Ostmittel- und Südosteuropa ist eine Region kleiner und mittlerer Länder, die politisch und wirtschaftlich eng in die europäischen und globalen Strukturen eingebunden sind. Als solche hängt ihre Richtung ebenso sehr von externen Entwicklungen wie von internen Dynamiken ab. Selten wurde dies deutlicher als während des Krieges in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft. Der Krieg hat innerstaatliche Konflikte zwischen pro-westlichen und (mehr oder weniger offenen) pro-russischen Kräften in Bulgarien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro und mehreren anderen Ländern offengelegt.

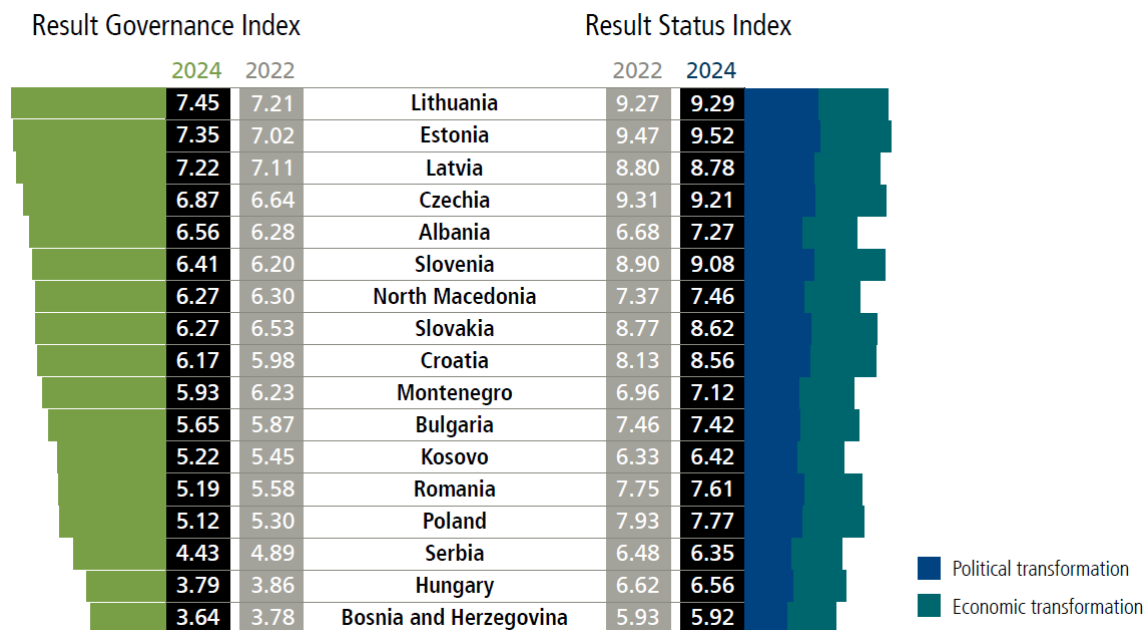
Er hat auch einen Keil zwischen Serbien und die meisten seiner Nachbarn getrieben, ebenso wie zwischen die zuvor prominente polnisch-ungarische Achse des Illiberalismus zwischen PiS und Fidesz. Der Ausgang des Krieges in der Ukraine wird tiefgreifende Auswirkungen auf die weitere Entwicklung der Region haben. Während ein vollständiger russischer Sieg unwahrscheinlich erscheint, könnte ein entscheidender ukrainischer Sieg ganz andere Folgen haben als eine Lösung, die zu einem eingefrorenen Konflikt oder territorialen Zugeständnissen der Ukraine führt. Ein klarer ukrainischer Sieg könnte nicht nur den Hoffnungen der Ukraine auf einen EU-Beitritt Auftrieb geben, sondern auch den Ländern des westlichen Balkans, insbesondere Albanien und Nordmazedonien, sowie möglicherweise Montenegro.

Obwohl diese Länder in den Verhandlungen technisch gesehen hinter Serbien zurückliegen, ist ihre tatsächliche Beitrittsbereitschaft höher, zumindest wenn man die aggregierten BTI-Indizes als Maßstab heranzieht. Eine realistischere Aussicht auf eine EU-Mitgliedschaft und eine geringere Attraktivität Russlands als Verbündeter könnten sogar ein transformatives Potenzial für Reformen in anderen westlichen Balkanländern und sogar in Ungarn entwickeln. Sollte es nicht zu einer vollständigen Befreiung der Ukraine kommen, dürfte Russland aufgrund ideologischer und wirtschaftlicher Faktoren in bestimmten Gebieten der Region einen erheblichen Einfluss behalten, der die Anziehungskraft des Westens überschatten könnte. Diese Situation könnte die existenziellen Herausforderungen in Bosnien und Herzegowina weiter verschärfen, wo sich die zentrifugalen Kräfte bereits einer kritischen Schwelle nähern. Ein Auseinanderbrechen des Landes könnte zu einer Verschärfung der Konflikte führen. Darüber hinaus könnte dies ein weiteres Pulverfass anheizen – die schwelenden ungelösten Probleme zwischen Serbien und dem Kosovo, die regelmäßig mit unterschiedlicher Intensität eskalieren.

Doch selbst das optimistischste Szenario in der Ukraine würde die Region nicht von allen autoritären und populistischen Tendenzen befreien oder die internen und regionalen Konflikte lösen. Lokale Machthaber und aufstrebende populistische Führer werden wahrscheinlich weiterhin eine spaltende Rhetorik verwenden und sich auf gut funktionierende Patronagenetzwerke stützen können. Illiberale, nativistische und/oder populistische Kräfte sind in mehreren Ländern der Region auf dem Vormarsch, in denen sie im Berichtszeitraum des BTI 2024 nicht an der Regierung waren. So hat beispielsweise die zunehmend russophile Smer-SD in der Slowakei im Oktober 2023 die Macht zurückerobert, während die rechtspopulistische VMRO-DPMNE in Nordmazedonien einen Aufschwung erlebte. In ähnlicher Weise konkurriert die populistische Allianz für die Union der Rumänen um den zweiten Platz, ebenso wie die ultranationalistische und NATO-

feindliche Bewegung "Wiedergeburt" in Bulgarien. Es ist schwer vorstellbar, dass Fidesz in Ungarn oder Vučić in Serbien ihre Macht verlieren werden, obwohl sich ein Regierungswechsel in Polen als realistisch erwiesen hat.

Während des Beobachtungszeitraums des BTI 2024 wurden in der gesamten Region eine Reihe von politischen Führern mit autokratischen Tendenzen von der Macht verdrängt: Janez Janša in Slowenien, Andrej Babiš als auch Miloš Zeman in Tschechien. In Bulgarien zog sich Bojko Borisow zumindest teilweise aus der Spitzenpolitik zurück, und in Estland wurde eine rechtsradikale Partei aus der Regierung entfernt (und verlor später bei den Parlamentswahlen an Unterstützung). Umgekehrt erwiesen sich Regierungen mit einer weitgehend demokratischen Ausrichtung in Lettland, Litauen und sogar in Rumänien als überraschend widerstandsfähig. Es bleibt abzuwarten, ob die Rotation des Ministerpräsidenten zwischen den wichtigsten Koalitionspartnern, wie sie in Bulgarien und Rumänien eingeführt wurden, besser funktionieren als bisher in als bisher in Nordmazedonien oder der Türkei.



Die politischen und wirtschaftlichen Auswirkungen des Krieges werden wahrscheinlich selbst dann zu spüren sein, wenn er bald beendet werden sollte. Steigende Energiepreise haben bereits die öffentlichen Ausgaben belastet und das Armutrisiko erhöht, und das zu einer Zeit, in der die Verteidigungsausgaben dringend erhöht werden müssen und massiv in die Diversifizierung der Energiequellen investiert werden müsste, ganz zu schweigen von der Bewältigung des globalen Problems des sich beschleunigenden Klimawandels. Darüber hinaus haben viele Länder der Region eine sehr große Zahl ukrainischer Flüchtlinge aufgenommen. Polen war eines der größten Aufnahmeländer (fast 1 Million), und mehrere Länder in der Region haben im Verhältnis zu ihrer Gesamtbevölkerung viele Flüchtlinge aufgenommen, wie Estland (37 pro 100.000 Einwohner, nach der Republik Moldau mit 43 das zweitgrößte Land), Tschechien (33) und Polen (26), verglichen mit 12 für Deutschland (alle Daten aus dem Operational Data Portal, UNHCR, <https://data.unhcr.org/en/situations/ukraine>). Trotz der angespannten Lage der öffentlichen Haushalte wurden die ukrainischen Flüchtlinge im Allgemeinen freundlich aufgenommen und in die Arbeitsmärkte und Bildungssysteme integriert. Unabhängig davon, ob der Krieg andauert

oder endet, könnten die Ressourcen und der gute Wille, die den Flüchtlingen entgegenbracht werden, versiegen und bestimmte politische Gruppierungen werden ihre Anwesenheit wahrscheinlich für politische Zwecke instrumentalisieren, insbesondere wenn eine Rückkehr der Flüchtlinge in die Ukraine zumindest scheinbar zu einer Option wird. Die Aufnahme von Menschen, die vor dem Krieg fliehen, kann sich politisch sehr von der Aufnahme als mehr oder weniger ständige Einwohner unterscheiden.

Darüber hinaus sind die europäische und globale Wirtschaftslage, die Beziehungen zwischen China und dem Westen und der Ausgang der US-Präsidentenwahlen 2024 entscheidende Faktoren für die Region, insbesondere im Zusammenhang mit der regionalen Sicherheitslage. Während alle Regierungen in der Region mit der Herausforderung zu kämpfen haben, ihre Haushalte auszugleichen und die Staatsverschuldung unter Kontrolle zu halten, könnten eine anhaltende Inflation, weitere Zinserhöhungen oder ein globaler wirtschaftlicher Abschwung (z. B. als Folge eines Konflikts zwischen dem Westen und China) die Situation erheblich verschärfen und undemokratische Kräfte stärken. Die mögliche Rückkehr Donald Trumps ins Weiße Haus könnte Populisten und Nativisten in der Region ermutigen, birgt aber auch das Schreckgespenst globaler Instabilität, nicht zuletzt, wenn die Vereinigten Staaten eine isolationistische Politik verfolgen oder zu der impulsiven Außenpolitik der Trump-Ära zurückkehren.

Obwohl die Aussichten für die Region angesichts der anhaltenden Besetzung großer Teile des ukrainischen Territoriums durch Russland und verschiedener potenzieller Bedrohungen am Horizont bestenfalls halbwegs optimistisch sind, erlauben die Ergebnisse des BTI 2024 eine Prise sehr vorsichtigen Optimismus. Zumindest ist das Bild in den einzelnen Ländern uneinheitlich, wobei einige erkennbare positive Trends aufweisen, die die bekannten Problemfälle ausgleichen. Einigen Ländern ist es gelungen, einen Grad an demokratischer und wirtschaftlicher Stabilität zu erreichen, der für ihre Nachbarn als Inspiration und Vorbild dienen kann.

## Über den BTI

### Governance im internationalen Vergleich

Seit 2004 analysiert und bewertet der Transformationsindex der Bertelsmann Stiftung (BTI) regelmäßig die Qualität von Demokratie, Marktwirtschaft und Regierungsführung in 137 Entwicklungs- und Transformationsländern. Grundlage für die Bewertung sind über 5.000 Seiten an detaillierten Länderberichten, die in Zusammenarbeit mit über 280 Experten führender Universitäten und Think Tanks in über 120 Ländern erstellt werden.

Der aktuelle Untersuchungszeitraum erstreckt sich vom 1. Februar 2021 bis zum 31. Januar 2023.

Der BTI ist der einzige international vergleichende Index, der die Qualität von Regierungshandeln mit selbst erhobenen Daten misst und eine umfassende Analyse von politischen Gestaltungsleistungen in Transformationsprozessen bietet.

### Transformation Index BTI 2024

ISBN

978-3-86793-974-4

AUFLAGE

1. Auflage

UMFANG/FORMAT

80 Seiten, Broschur

PREIS **18,00 €**

ZZGL. VERSANDKOSTEN



## Kontakt

Bertelsmann Stiftung  
Carl-Bertelsmann-Straße 256  
33311 Gütersloh  
Phone +49 5241 81-0

Sabine Donner  
Senior Expert  
Telefon +5241 8181501  
sabine.donner@bertelsmann-stiftung.de

Dr. Hauke Hartmann  
Senior Expert  
Telefon +5241 8181389  
hauke.hartmann@bertelsmann-stiftung.de

[www.bti-project.org](http://www.bti-project.org)

[www.bertelsmann-stiftung.de](http://www.bertelsmann-stiftung.de)